Dresden eine Besetzung des Büros der Bezirksleitung der KPD Sachsens durch ein größeres Schupoaufgebot durchgeführt und eine Durchsuchung der Räume vorgenommen. Das Polizeipräsidium Dresden meldet durch Polizeibericht, daß die vorgenommene Hausdurchsuchung zum Zwecke der Aufklärung einer Reihe politischer Straftaten durchgeführt worden sei.

Daß die Polizeiaktion im wesentlichen den Zweck verfolgte, Material für eine Hetze und Verleumdung gegen die KPD zu liefern, beweist die Tatsache, daß als einer der Gründe für die Hausdurchsuchung auch der Postraub von Wendischcarsdorf angegeben wurde. Es besteht nicht der geringste Anhaltspunkt, diesen Postraub mit irgendwelchen Organen der KPD in Verbindung zu bringen. Das Hineinbringen dieses kriminellen Delikts offenbart also den **Zweck der Aktion, die KPD zu verleumden** und sie mit kriminellen Vergehen in Verbindung zu bringen.

Die Bezirksleitung der KPD stellt ausdrücklich fest, daß es sich bei der Polizeiaktion um eine ganz **willkürliche Aktion** handelt, zu dem Zweck, Material zu einer Aktion gegen die KPD zu beschaffen. Im Polizeibericht wird angegeben, daß sehr viel „belastendes Material" gefunden worden sei. Die Bezirksleitung stellt demgegenüber fest, daß **in den Räumen der Bezirksleitung weder Waffen noch Materialien gefunden worden sind, die dem im Polizeibericht angegebenen Zweck der Hausdurchsuchung entsprechen würden.** Beschlagnahmt wurde an Material lediglich eine Anzahl zum Teil **alter Ablage-Exemplare von Betriebs- und Ortszeitungen, ein Paket alter Ablage-Exemplare von Flugblättern und Drucksachen und einige SPD- und Reichsbanner-Mitgliedsbücher von zur KPD übergetretenen Arbeitern,** Statistiken über Werbeergebnisse, über Sportbewegung, Markenabrechnung, Betriebsausstellungen und ähnliches Organisationsmaterial. Als besondere „Trophäe" wurde eine am Anschlagsbrett des Büros befindliche Aufstellung über die Einteilung der zur Bewachung der Büroräume hinzugezogenen Genossen sichergestellt. Des weiteren wurde beschlagnahmt der Rotaprint-Vervielfältigungsapparat der Bezirksleitung und etwa 2000 teils gebrauchte Vervielfältigungsplatten, woraus ganz offensichtlich als der Zweck der Aktion eine **Lahmlegung der Organisationsarbeit** erkenntlich wird. Von dem „sehr vielen belastenden Material", das angeblich gefunden wurde, bleibt also sehr wenig übrig und die Polizeiaktion sowie der darüber hinaus gegebene Polizeibericht offenbart sich als nichts anderes als eine wohlvorbereitete Aktion zum Zwecke der Verleumdung und Unterdrückung und Lahmlegung der Organisation der KPD.

Gegen die Hausdurchsuchung und die Beschlagnahme der zur Fortführung der Organisation notwendigen Gegenstände ist Beschwerde eingeleitet.

BL der KPD Sachsens.

Volkszeitungsmordhetze erledigt

Kein Kommunist hat Leipziger SPD-Funktionär erstochen / Erklärung der Bezirksleitung der KPD Sachsen: Verhindert von SPD-Führern organisierte Provokationen!

Die Telunion meldet:

Leipzig, 17. August.

Die auch am Sonntag ununterbrochen fortgesetzten Ermittlungen der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums führten am Montag früh zur Festnahme des 18 Jahre alten Arbeiters Martin Kroll, Leipzig-Lindenau, Gundorfer Straße wohnhaft. Nach übereinstimmenden Angaben mehrerer Zeugen kommt Kroll einwandfrei als der Messerstecher in Betracht. Er leugnet die Tat, jedoch gilt er nach Lage der Sache als der Tat überführt. Kroll wurde der Staatsanwaltschaft Leipzig zugeführt.

In diesem Bericht, zu dem die Telunion vom Polizeipräsidium Fleißners informiert ist, wird **mit keiner Silbe erwähnt, daß der Täter Angehöriger der KPD** sei. Zweifellos steht somit fest, daß die Dresdner Volkszeitung in ihrem Bericht „Kezis morden SPD-Funktionäre", der in den Betrieben angeklebt werden sollte, **ganz infam gelogen** hat, lediglich, um die täglich schärfer werdenden Terroraktionen gegen die KPD zu rechtfertigen. Ebenso wie das Nazi-Gesindel befleißigen sich diese SPD-Polizeiagenten, „Material" gegen die Führerin der werktätigen Volksmassen beizubringen, damit durch KPD-Hetze und -Verbot der, für die SPD-Führer ebenso wie für die Ausbeuterbande immer gefährlicher werdende, Volkszorn abgelenkt wird. Die Grötzsch und der Polizeispezialist Seifen-Künstler aber können noch so viel Lügen aufürmen, sie brechen stets im selben Augenblick zusammen.

*

Von der Bezirksleitung der KPD Sachsen wird uns zu der Volkszeitungshetze geschrieben:

Am Sonnabend dem 15. August ist in Leipzig ein Verteiler sozialdemokratischer Flugblätter erstochen und zwei andere verletzt worden. Die sozialdemokratische Presse behauptet, daß es sich hier um einen Ueberfall kommunistischer Arbeiter auf die sozialdemokratischen Flugblattverteiler handle.

Die BL der KPD erklärt hierzu, ohne dem Ergebnis der Untersuchung irgendwie vorzugreifen, daß es bis jetzt keineswegs feit, daß der Täter, der bis jetzt noch nicht feststehen soll, der Kommunistischen Partei angehört. **Die KPD lehnt jeden Individual-Terror als politisches Kampfmittel ab und verurteilt daher auf jeden Fall auch eine solche Tat, wie sie hier der KPD als politischer Organisation der revolutionären Arbeiterbewegung unterschoben werden soll.**

Insbesondere verwirft die Parteiführung der KPD jeden Akt der Gewalttätigkeit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern und kämpft entschieden gegen derartige Handlungen. Die Anwendung von Gewalttätigkeiten zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern **kann nur liegen im Interesse einer von den sozialdemokratischen Führern gewünschten Sabotage der notwendigen proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.** Die Bezirksleitung der KPD Sachsen stellt fest, daß gerade in den letzten Tagen Reichsbanner- und Schutzbundmarsches **planmäßig zur Herbeiführung von Schlägereien zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern kommandiert worden sind und ist in der Lage, hierfür lückenlos Beweismaterial anzubringen.**

Die Mitglieder der KPD sind verpflichtet, unter allen Umständen solche Provokationen von anständigen Reichsbanner- und Schutzmitgliedern zu vereiteln und jede Gewalttätigkeit gegen sozialdemokratische Arbeiter zu verhindern.

Die Behauptung, daß der Täter vom 15. 8. 1931 Mitglied der KPD sei, dient keinem anderen Zweck, als die Mord- und Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei zu steigern und die sich bildende Einheitsfront aller Arbeiter zum revolutionären Kampf zu sabotieren.

Die KPD ruft alle Arbeiter auf, diese Absichten zunichte zu machen und trotz aller Hetze die proletarische Einheitsfront unter Führung der KPD zu festigen und zu stärken.

BL Sachsen der KPD.

*

Fleißner-Polizei verbietet!

Leipzig, 18. Aug. (Eig. Meld.) Die für heute abend in Fellenkeller im Leipziger Westen einberufene öffentliche Protestkundgebung der Kommunistischen Partei gegen die Mordhetze der sozialdemokratischen Führer an den Provokationen, die am Sonnabend im Leipziger Westen von Schupo- und sozialdemokratischen Ordnern gegen revolutionäre Arbeiter ausgeübt wurden, wurde von dem „linken" sozialdemokratischen Polizeipräsidium Leipzigs ohne Angabe weiterer Gründe verboten. Zu groß ist die Angst der sozialdemokratischen Führer, daß in dieser Protestkundgebung durch Augenzeugenberichte vor der breiten Oeffentlichkeit die wirklichen Schuldigen an diesen Provokationen angeprangert werden.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter Sachsens ist bereits auf 60,5 Prozent gestiegen. Von rund 63 000 sind über 38 000 arbeitslos.

Nach 23 Jahren SPD zur KPD

In Rothenbach ist der sozialdemokratische Gemeindeschöffe August Weidner, der über 23 Jahre Mitglied der SPD war, in die Kommunistische Partei übergetreten. Er schrieb an unsere Genossen folgendes Schreiben:

„Ich, Unterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich nach mehrjährig 23jähriger Mitgliedschaft in der SPD dieser den Rücken kehre, da sie mit ihrem alten Parteiprogramm gebrochen hat und ich nicht mehr in der Lage bin, dieses zu verantworten. Deshalb trete ich mit dem heutigen Tage zur KPD über. Ich richte daher an alle sozialdemokratischen Arbeiter den Appell, das gleiche zu tun. Rothenbach, den 14. August 1931.

August Weidner, Gemeindeschöffe."

Trotz dem ungeheuren Verleumdungsfeldzug und der Hetzgrammhetze der sozialdemokratischen Presse gegen die Kommunistische Partei schreitet der Klärungsprozeß in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter unaufhaltsam fort. Ueberzeugt durch die Demagogie, dem Geschimpfe, den Lügen und Verleumdungen der SPD-Führer gehen sie den Weg, den jeder aufrechte Klassenkämpfer gehen muß, den Weg zur Kommunistischen Partei!

Nazi-Blatt kreischt:

„Verbrecher! Verbrecher!"

Nazi-Terror gegen Limbacher Arbeiter wird vergeblich abgeleugnet

Der Freiheitskampf und der Völkische Beobachter, die von ihrer eigenen Anhängerschaft immer mehr als die dreckigsten Volksbetrüger durchschaut werden, bringen tagtäglich die wüsteste Mordhetze gegen die Kommunistische Partei. Das Mutschmann-Blatt lügt in der gestrigen Ausgabe: „Die Kommunisten haben einen sorgfältig vorbereiteten Mord in Limbach begangen." Dabei ist sogar **amtlich festgestellt, daß in Limbach Nazis die Arbeiter überfallen und beschossen haben.** Die Limbacher Kapitalisten haben sich eine spezielle Mordkolonne von außerhalb herangeholt, die seit Monaten planmäßig die Limbacher Arbeiter durch Ueberfälle terrorisiert. Diese von den Kapitalisten bezahlte Mordriege hat so offen ihre Landsknechtaktionen gegen Arbeiter durchgeführt, daß heute schon zahlreiche frühere Anhänger der Nazis die Rolle dieser Strolche erkannt haben. Wenn der Freiheitskampf diese Verbrecherbande, gegen die sich die Arbeiter in erbittertster Notwehr befinden, verteidigt, so setzt er folgerichtig die Politik fort, die seinerzeit mit dem Nazibettelbrief an den Großindustriellen Bosch aufgezeigt wurde durch die Bemerkung, **Aufgabe der Nazi-Partei ist es, durch den „brutalsten Terror den Bolschewismus auszurotten."**

*

Die Nazipartei ist gekauft von den Großkapitalisten als Terrortruppe gegen die um die nackte Existenz kämpfenden Arbeiter. Ihre Presse schreit heute aus jeder Zeile: Die Kommunisten sind Verbrecher um ebenso wie die SPD-Führer als „Kronzeugen" für das Verbot der Kommunistischen Partei aufzutreten. Das ganze Geschrei der Nazis ist so durchsichtig, daß jeder ehrliche Anhänger, der an die früheren Phrasen der Hitlerpartei glaubt, heute sieht, diese Volksbetrüger sind nur darauf bedacht, ihren großkapitalistischen Geldgebern zu dienen. **Deshalb werden jene, die sich ehrlich für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen Deutschlands einsetzen, den verbrecherischen Nazibanditen den Rücken kehren und wie Leutnant Scheringer sich einreihen in die von der Kommunistischen Partei geführten rote Volksfront gegen den mörderischen Kapitalismus.**

Hilferding will Nazi-Lahusen retten

8 Bankiers und Schwerindustrielle sowie der Sozialdemokrat Hilferding stellen das Bankkonsortium zur Ueberwachung der Banken

Berlin, 17. August. (Eig. Bericht).

Die Brüning-Regierung hat nunmehr endgültig den Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Verhältnisse im Bankgewerbe eingesetzt. Dieser Ausschuß, der zugleich die Bankaufsicht übernimmt und auch Vorschläge zur Sanierung der Darmstädter und Nationalbank und der Dresdner Bank machen soll, besteht aus 8 Personen. Es sind dies: Geheimrat Schmitz, Großaktionär und Direktor von IG-Farben; der Bankdirector Pferdmenges, Köln; der kapitalistische Wirtschaftstheoretiker und Aktionär Prof. Stein; der berüchtigte Nationalökonom Adolf Weber, Heidelberg; der Großindustrielle und ehemalige Staatssekretär Bernburg; der Bankdirektor Friedrich Reinhart von der Commerzbank; Geheimrat Flemming und der Schwerindustrielle Hackelsberger. Zu diesen gesellt sich nun noch auf besonderen Wunsch der Brüning-Diktatur und auf Veranlassung des Direktors Schmitz von IG-Farben der ehemalige sozialdemokratische Finanzminister Hilferding.

Schon diese Zusammensetzung der Bankaufsicht zeigt den typischen wirtschaftsfaschistischen Charakter der gesamten Bankenkontrolle. Die Großbankiers und Industriellen sollen sich selbst kontrollieren. Wie das geschieht, davon hatten wir bereits in der letzten Zeit einen Vorgeschmack. Mehrere Millionen Steuergelder wurden bereits verpulvert für die Sanierung bankrotter Bankunternehmen. Nach vorliegenden Plänen soll die neue Bankaufsichtsstelle auch die Millionenschulden der Nazifirma Lahusen übernehmen und die bankrotte Wollkämmerei in Bremen gleichfalls durch Steuergelder sanieren.

Mit einem Schlage entpuppt sich die von den Sozialdemokraten geforderte staatliche Bankenkontrolle als eine direkte Stärkung der Finanzgewaltigen, die nunmehr diktatorisch ihre Beschlüsse durchführen können. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der Sozialdemokrat Hilferding mit im Bunde ist. Im Gegenteil: Hilferding ist der Mann, der vollkommen in den Kreis der Bankdirektoren und der großkapitalistischen Wirtschaftstheoretiker hineingehört. Im Verlauf seiner Tätigkeit als Finanzminister hat er den Befähigungsnachweis dafür geliefert; denn kein anderer wie Hilferding war es, der das umfangreichste Steuersenkungsprogramm für die Schwerindustrie und die Banken ausgearbeitet hat. Er war es, der den Vorschlag zur Schaffung eines Benzinmonopols zugunsten der **IG-Farben ausgearbeitet hat.** Immer enger werden die Sozialdemokraten bei der verschärften Krise des Kapitalismus verknüpft mit den faschistischen Maßnahmen gegen das werktätige Volk auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Transport-Tarif gekündigt

Dresden, 17. August.

Wie die Pressestelle beim Landesausschuß Sächsischer Arbeitgeberverbände mitteilt, hat der Arbeitgeberverband des Sächsischen Transportgewerbes den mit dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Verkehrs im Freistaat Sachsen am 16. Oktober 1930 abgeschlossenen, seit 1. November 1930 gültigen Mantel- und Lohntarifvertrag zum 31. Oktober 1931 gekündigt. — So will sich das Ausbeuterpack auf Kosten des Volkes retten. Wir antworten auf jeden Angriff mit dem sofortigen Streik!

Bürgerkrieg auf Kuba und in China

Neuyork, den 16. August 1931.

Das Hauptquartier der kubanischen Truppen berichtet, daß die beiden Generale der aufrührerischen Truppen, Mario Menocal und Carlos Mendieta von den Regierungstruppen gefangen genommen worden sind. Im Gegensatz zu diesen Siegesmeldungen, die der Diktator Kubas, der Lakai des nordamerikanischen Großkapitals aus leicht durchsichtigen Gründen in die Welt hinaus sendet, berichten die Aufrührerischen von einer neuen Schlacht, die in der Provinz Santa Clara stattgefunden habe. Die Regierungstruppen, die erhebliche Verluste erlitten, hätten sich dabei zurückziehen müssen. Die Aufständischen haben die Liste der führenden Mitglieder einer Junta veröffentlicht, die die Regierung im Falle eines vollständigen Sieges übernehmen soll. Unter den führenden Mitgliedern dieser Junta befindet sich u. a. Dr. Capote, gewesener Vizepräsident Kubas, der aus Neuyork angekommen ist.

*

Schanghai, den 16. August 1931.

Die hiesigen Blätter melden, daß die „Roten" auf Hankau und Hupei marschieren. Die Werktätigen Hankaus treffen Vorbereitungen, um die Einnahme der Stadt durch die roten Armeen zu erleichtern.

Die Zeitung „Da Gung Bao" in Tientsin berichtet, daß eine Konferenz der Einwohner der 30 südlichsten Bezirke der Provinz Schangsi, in deren Hauptstadt Taiyuen gelegt hat. Diese Konferenz organisierte eine „Gesellschaft zur Rettung vor dem Tode". Diese Gesellschaft erklärte den Provinzbehörden, daß, wenn diese die Auspressung der Steuern zugunsten der Militaristen nicht einstellen werden, die Bevölkerung vollkommen aufhören würde, die Bodensteuer zu zahlen. Eine Delegiertenkonferenz der nördlichen Bezirke derselben Provinz organisierte ein Komitee zum Kampf gegen die sogenannte Brotfutter-Anleihe, die nichts anderes darstellt als eine der gewöhnlichen Requisitionen der Militaristen bei der bäuerlichen Bevölkerung. Die westlichen Bezirke der Provinz Schansi befinden sich fast vollständig in der Gewalt der örtlichen aufständischen Truppen. Die Bezirksstadt Fangschanjom ist schon seit einem Monat in der Hand der aufständischen Truppen.

Mit Sensen und Hacken gegen Gendarmen

Bukarest, 14. Aug. Im Dorfe Slobozia, Alt-Rumänien, sollte am 11. August der Besitz eines Bauern zwangsversteigert werden. Als der Gerichtsvollzieher in Begleitung einiger Gendarmen im Dorfe eintraf, wurden sie von den Bauern mit Sensen und Hacken empfangen. Die Bauern erklärten, sie wollen die Zwangsversteigerung nicht zulassen. Das System der Zwangsversteigerungen richte die Dorfbevölkerung zugrunde. Mit schwerer Mühe gelang es dem Gerichtsvollzieher und den Gendarmen, zu entkommen. Die Behörden beschlossen nun eine größere Gendarmerieabteilung ins Dorf zu beordern.

Massenentlassungen im Interesse des Profits

(Arbeiterkorrespondenz.)

Kamenz. Wie wir soeben erfahren, sind am 12. d. M. bei der Firma Sächsische Glashüttenwerke Massenentlassungen vorgenommen worden, um noch einen Ofen stillzulegen. Von dieser Maßnahme werden 180 Mann betroffen. Damit hat die Gesamtbelegschaft innerhalb eines Jahres um ein Drittel reduziert. Weil wahrscheinlich, wie man meint, die Rechnung nicht aufgeht, dieser Betrieb zu wenig Profit abwirft, geht man dazu über, die Produktion von Weißhohlglas nach Friedeberg in Schlesien zu verlegen.